

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlag: Riesener Verlag, Leipzig

Verlag: Riesener Verlag, Leipzig

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

N. 124.

Dienstag, 31. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Blatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Preis gegen Vorauszahlung monatlich 4.— Mark ohne Zustelgebühren, bei Abholung im Voraus 3.— Mark. Einmalige Anzeigen für die Nummer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Erfolg kann nicht übernommen werden. Bei den Anzeigen sind die Namen der Auftraggeber zu vermerken. Bei den Anzeigen sind die Namen der Auftraggeber zu vermerken. Bei den Anzeigen sind die Namen der Auftraggeber zu vermerken.

Verkaufszeit für Milch an Sonn- und Festtagen.

In teilweiser Abänderung der Bekanntmachung vom 4. September 1919 — Riesener Tageblatt 205 vom 5. September 1919 — wird die Verkaufszeit für Milch an Sonn- und Festtagen für die Orte des Amtsgerichtsbezirks Riesa von jetzt ab auf die Zeit von 7 bis 7/8 Uhr vormittags

festgesetzt.
Großenhain, am 30. Mai 1921.
Die Amtshauptmannschaft

Wegebauunterstützungen betr.

Die Wegebaupflichtigen werden hiermit aufgefordert, etwaige Gesuche um Wegebauunterstützungen für im Jahre 1921 auszuführende Wegebauten alsbald spätestens bis zum 1. August 1921 hier einzureichen. Später eingehende Gesuche können keine Berücksichtigung finden. In den Gesuchen ist der veranschlagte und der wirklich aufgewendete Betrag der Wegebaukosten anzugeben.

Großenhain, am 30. Mai 1921.
Die Amtshauptmannschaft

Lebensmittelverteilung.

In der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni 1921 und zwar vom 1. Juni 1921 ab sollen auf Abschnitt 157 der roten und grünen Rationstafel I je 1/2 Pfund Gries zur Verteilung kommen.

Die oberösterreichische Frage.

Die Cavaal mittels, dauern die Besprechungen zwischen London und Paris über die Regelung der oberösterreichischen Frage fort. Die englische Regierung erklärte sich damit einverstanden, daß ein Sachverständigenausschuss gebildet wird. Dieser Ausschuss mußte aber noch ihrer Auffassung seine Arbeiten in Oberösterreich selbst betreiben. Der Ausschuss mußte vom Obersten Rat ernannt werden, der zu diesem Zweck noch in der laufenden Woche tagen und später noch eine zweite Sitzung abhalten könne, um sein Urteil über die Maßnahmen zu treffen, die in der Folge der Bestimmungen der Sachverständigen erforderlich sein werden.

In der oberösterreichischen Presse findet der Plan einer vorläufigen Dreierkonferenz Oberösterreichs, Österreichs und Frankreichs Erwähnung. Die demokratische „Presse“ schreibt: Dieser Plan wäre der Bestimmung Oberösterreichs nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Welt. Die an Polen fallenden Kreise wären dem Schicksal des übrigen Polens verfallen; aber auch die neu zu errichtende Zone, die unter französischer Militärverwaltung gestellt werden würde, wäre dem Verbleiben verfallen. — Die mehrheitlich sozialistische „Volksmacht“ warnt ebenfalls mit allem Nachdruck vor der Zuteilung der Kreise Piel und Rypnik an die Polen.

Die das „Echo de Paris“ mittels, hat die Westministerkonferenz dem Generalverord in Döppeln folgende drei Besondere gestellt: 1. Welche Maßnahmen schlägt General Verord vor, um die Befestigung einer verbindenden Zone zwischen der deutschen und polnischen Front durch alliierte Truppen sicherzustellen. 2. Wann General Verord zur sofortigen Befestigung dieser Zone schreiten, ohne die englischen Verstärkungen abzuwarten? 3. Entspricht der Vorschlag Pavezal de Marini der gegenwärtigen Lage und kann er angesichts der Ereignisse nützlich sein. In Warschau und das Exekutivkomitee, dessen Präsident er ist, würdigen Herr der polnischen Bewegung, oder herrscht Disziplinlosigkeit unter seinen Anhängern und Rämpfern?

In Döppeln sind der Stadt und größere Abteilungen der englischen Truppen eingetroffen. Englische Kavallerie hat in der Umgebung von Döppeln Quartier genommen. Ueber die tatsächliche Verwendung der englischen Truppen wird wahrscheinlich im Laufe der Interalliierten Kommission Bericht gefast werden. Donnerstag früh sollen die gesamten für Oberösterreich bestimmten Truppen in Döppeln bereitstellen.

Blättermeldungen aus Oberösterreich zufolge sind aus dem von den Franzosen besetzt gehaltenen Stadtteil von Rinnitz-Hütte zahlreiche angehende deutsche Bürger von den Polen verschleppt worden. Darunter befindet sich auch der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Hartmann, der leitender Arzt des Knappschafts-Krankenhauses in Rinnitz-Hütte ist. Der Reichspräsident hat, wie der „Vorwärts“ hört, bereits über das kühnste Amt Schritte unternommen, um die interalliierte Kommission zur Freilassung des 66 Jahre alten Abgeordneten zu veranlassen. Das Döppeln wird vom 30. Mai berichtet: Bei Sandberg lebhafteste Schierheiten der Polen. Wärschbörz wurde von den Russen mit einigen Hund Artillerie besetzt, ebenso Reudorf und Amalienhof. Die Döppeler Besatzung, Wärschbörz und Reudorf sind nach Rinnitz-Hütte und die Polen wieder in unserer Hand. Der Bahnhof von Rinnitz-Hütte ist von den Russen besetzt, doch ist der Bahnhof Rinnitz-Hütte noch hart mit Polen besetzt. Bei Rinnitz-Hütte Patrouillenfahrten der Polen. Der Ort Rinnitz-Hütte wurde von den Russen besetzt und von uns besetzt. Im Kreis Großenhain wurden polnische Bänder, die bei Rinnitz-Hütte vorgedrungen verhaftet, abgewiesen. Was den Osten Rinnitz-Hütte und Rinnitz-Hütte im Kreis Großenhain sind die Polen abgerückt. Rinnitz-Hütte an der Straße Rinnitz-Hütte-Börsch ist von Polen hart besetzt. In der Nacht zum 30. Mai verließen die Russen zwischen Rinnitz-Hütte und Rinnitz-Hütte durch zwei harte Angriffe den Ort Rinnitz-Hütte über die Oder zu erlangen. Sie wurden zurückgeschlagen. Die Insurgenten haben sich durch Abzügen, die sie mit Gewalt vorgenommen haben, verweigert. Die von Rinnitz-Hütte vertriebenen Rinnitz-Hütte aber angebliche Verhaftungen der Insurgenten von Rinnitz-Hütte durch Deutsche entzogen über Rinnitz-Hütte.

Was aus Rinnitz-Hütte berichtet wird, hat Rinnitz-Hütte einen Naturerleben, in dem es a. a. heißt: Rinnitz-Hütte. Wir haben von der Interalliierten Kommission in Döppeln die Mitteilung erhalten, daß die Überleitung der deutschen Reichstagsabgeordneten, die die Angriffsaktionen gegen die polnischen Reichstagsabgeordneten, wenn die Deutschen nicht ablassen werden. Die Überleitung hat Rinnitz-Hütte von Rinnitz-Hütte berichtet, alle Rinnitz-Hütte

nen an der Front einzusetzen. Wer leichtfertig und böswillig den Gegner angreift, und das Zusammenkommen des Waffenstillstandes unmöglich macht, wird mit der ganzen Sirene des Kriegesgerichts als Feind Polens und als ein Schädling des oberösterreichischen Volkes behandelt werden. Polnisches Volk! Der Feind erkennt dadurch, daß er die Einstellung der Kriegshandlungen vorfährt, keine Kraft, keinen unbedingten Willen und keinen Sieg an. Weiteres Vorgehen des teuren polnischen Volkes wäre verwerflich. — Die kriegerische Aktion ist beendet. Jetzt ist es vor allem unsere Pflicht, die Früchte unseres Sieges dancbarst an gehalten. Wir erreichen das am leichtesten dadurch, daß wir überall Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

Vor Eingreifen in die Substanz des deutschen Volkvermögens.

Das Reichskabinett hat sich, der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge abergehen lassen, daß die Erfüllung des Ultimatum, hinsichtlich der Reparationszahlungen durch neue Steuern und Abgaben nicht anmähernd durchgeführt werden kann, daß vielmehr ein gewaltsamer Eingriff in die Substanz des deutschen Volkvermögens notwendig ist. Nach angeblich zuverlässigen Informationen genannten Reiches liegt dem Reichskabinett ein Vorschlag des Reichswirtschaftsministers vor, dessen wesentlichen Punkte die folgenden sein werden:

1. Bei den Eingriffen in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie die sogenannten **Sachverhalte**, die angeblich von der Entwertung des deutschen Geldes nicht betroffen worden sind, herangezogen werden, nämlich der landliche und händliche Grundbesitz, sowie die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art. In Gunsten des Reparationsfonds sollen 20 Prozent dieser Besitzgattungen enteignet werden.

2. Bei dem **ländlichen Grundbesitz** ist die Enteignung auf folgende Weise gedacht: Zu Grunde gelegt wird der Friedenswert. Dieser wird zum Kurs von einem Goldmark gleich fünfzehn Papiermark umgerechnet. Auf dem so ergebenden Papierwert des ländlichen Grundbesitzes wird eine **Zuschußhypothek** in Höhe von 20 Prozent mit allen bisher bestehenden Belastungen eingetragen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu, daß diese Zuschußhypothek nicht weniger als 300 Prozent des Friedenswertes darstellt. Sie übersteigt also bei der großen Mehrzahl aller Fälle den Gesamtwert, den der Grundbesitz heute habe. Die 20prozentige Zuschußhypothek sei also in Wirklichkeit eine völlige Enteignung des Grundbesitzes aller Kategorien.

3. Für den **industriellen Grundbesitz** wird die Enteignung auf demselben Wege vorgenommen. Da es offensichtlich ist, daß bei der gegenwärtig gesetzlich festgelegten Abschätzung auch nicht ein kleiner Teil der Zwangshypothek verpfänd werden könnte, ist vorgesehn, daß zu den bestehenden Werten ein Zuschlag von 300 Prozent der Friedenswerte mit der Bestimmung der Verpfändung der zu Gunsten des Reparationsfonds eingetragenen Zuschußhypothek tritt.

4. Bei den **industriellen und kaufmännischen Unternehmungen**, einschließlich der Banken, soll an Stelle der hypothetischen Zuschußhypothek eine Zwangshypothek für den Reparationsfonds in Höhe von 20 Prozent des in den betreffenden Unternehmungen inspezierten Kapitals treten. Bei den künftigen Kapitalerhöhungen ist der Anteil des Reparationsfonds entsprechend mit zu erhöhen.

5. Durch neue Steuern und Abgaben soll der **Inlandsverkehr** auf den lebensnotwendigen Bedarf eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Entwertung der Produktionsmitteln auf Auszubringer zu erzwingen. Gleichzeitl sollen die Reichszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktpreisen angepasst werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der **Roblensteuer** in einem Ausmaß, daß der inländische Preis der Roble unter der Berücksichtigung der Wertminderung dem Weltmarktpreis angepasst wird. Die Zuschüsse zu den Verkehrsverwaltungen (Post und Eisenbahn) sollen durch eine weitere erhebliche Erhöhung der Tarife in Wegfall gebracht werden.

6. Da der Ertrag der neu geplanten Steuern zusätzlich des Interesses der Zwangshypothek beim ländlichen und händlichen Grundbesitz und des Ertrages der Zwangshypothek bei den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen auch nach der Erteilung des Reichskabinetts Beschlusses für Jahre hinaus nicht ausreicht, um die ausstehenden Zahlungen an die Entente zu decken, ist eine

Der Preis beträgt für 1 Pfund Gries 1.00 M.
Die Entnahme hat bis spätestens den 7. Juni 1921 zu erfolgen.
542 o III. Kommunalverband Großenhain, am 30. Mai 1921.

Verkehr mit Butter betr.

Nach der Reichsverordnung über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Speisefett und Käse vom 30. April 1921 (Reichs-Gesetzblatt Seite 500, Nr. 49) werden die Maßnahmen über die Bewirtschaftung (Erfassung und Verteilung) mit Butter und Käse vom 1. Juni 1921 ab aufgehoben.

Damit erhebt sich die Tätigkeit der Butterkammerstellenleiter und Butteraufkäufer. Die fehlende Butterkraft verliert vom 1. Juni ds. Js. ab ihre Gültigkeit. Die Einreichung von Milchausweisen verbleibt für die für Butter und Käse festgesetzten Höchstpreise treten außer Kraft.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ab werden insbesondere die Bekanntmachungen des Kommunalverbandes aufgehoben über

1. Neuregelung des Verkehrs mit Speisefett vom 5. Oktober 1918 (abgedruckt im Großenhainer Tageblatt vom 8. Oktober 1918).
2. Regelung des Verkehrs mit Milchergzeugnissen, Butter, Käse usw. vom 16. Mai 1917 (abgedruckt im Großenhainer Tageblatt vom 20. Mai 1917, Nr. 114).
3. Kleinverkaufspreise für Vollmilch, Magermilch und Butter vom 5. März 1921 (abgedruckt im Großenhainer Tageblatt vom 8. März 1921, Nr. 55) und
4. Butter- und Quarklieferung betr. vom 6. November 1917.

Großenhain, am 30. Mai 1921.
Der Kommunalverband.

schrittweise Veräußerung der landwirtschaftlichen und händlichen Hypotheken sowie der industriellen Beteiligungen an das Ausland vorgehen.

Unter der Überschrift „Phantastische Vorschläge zur Reparationsbedeckung“ berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die vorstehenden, von der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten angeblichen Vorschläge des Reichswirtschaftsministers zur Erfüllung des Ultimatum. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erzählt aus dem genannten Ministerium, daß es sich hierbei um teils unzutreffendes, teils noch nicht prüfbares Material handelt. Im übrigen haben alle Ministerien Vorschläge zu machen, über die letzten Endes der Reichstag zu entscheiden hat.

Eine Rede Scheidemanns in Dresden.

Montag abend fand in der Wirtschaft zum Deutschen Kaiser in Dresden-Vieschen eine öffentliche Versammlung statt, in der Oberbürgermeister **Philipp Scheidemann** vor überfülltem Saale einen heijällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Die Zukunft des deutschen Volkes“ hielt. Nach einem Rückblick auf die Ereignisse während des Krieges und einem Hinweis auf die Haltung der Sozialdemokratie in dem kritischen Zeitabschnitt vom Friedensschluß bis zur Annahme der jüngsten Ultimatum der Entente führte er u. a. folgendes aus:

Eine weitere Belastung der Volksmassen durch **Verbrauchssteuer** darf nicht das erste sein, woran man bei der Erfüllung der durch das Ultimatum übernommenen Verpflichtungen denkt. Sie darf erst im äußersten Notfall als das letzte in Betracht kommen. Wegen eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter müssen wir uns mit aller Kraft wehren. Unbedingt notwendig ist dagegen eine möglichst schnelle Abhilfe gegen die Wohnungsnot. Nur so kann die Lebens- und Schaffenskraft der Arbeiter gebahrt werden. Das ist aber erforderlich, weil wir nur so eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Qualitätsarbeit erzielen können, ohne die wir auf dem Weltmarkt uns nicht mehr zu behaupten vermöhen. Es darf keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vor allem keine Durchbrechung des Achtstundentages eintreten. Eine Erhöhung der Arbeitszeit und eine Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter den gerade unsere besten Arbeiter zu Auswanderung nach den Ländern mit besseren Bedingungen treiben und folglich unsere Industrie schwächen. Unsere Zahlungen an die Alliierten sollen vor allem durch Ersparnisse im Staatshaushalt, moan besonders der Wegfall der Ausgaben für Arme, Marine und Kolonien, viel beitragen, und durch Steigerung der Erträge der Industrie ausgebracht werden.

Diese Steigerung läßt sich ohne Schädigung der Arbeiter und selbst ohne eine derartige Herabsetzung der Unternehmengewinne, die für die Unternehmer unerträglich wäre, auf folgende Weise erzielen:

1. Durch Erweiterung der Produktion.
2. Durch technische Verbesserung, bessere Organisation und Regelung der Produktion und des Verkehrs. Die Vereinigten Staaten von Amerika können uns da wirklich als Vorbild dienen.
3. Durch Kontrolle unserer auswärtigen Handels an dem Zweck, den Preisdruck unserer Privatindustrie auf dem Weltmarkt zu verhindern und uns den vollen Weltmarktpreis zu sichern zu lassen.

Diese Ziele lassen sich am besten erzielen durch Bildung großer Industriekonzerne unter Mitbeteiligung des Staates, der Genossenschaften, und sonstigen öffentlichen Körperlichkeiten. Selbstverständlich kann das nicht alles von heute an morgen geschehen. Aber aus der Zeit des Fortwärtens sind wir heraus. Die Folgen des großen Krieges, der großen Niederlage, der großen Verpflichtungen, können nicht mit klassischer Stenierslickerei behoben werden. Es ist besonders ein derartiger Konzern zu bilden, um unsere Schiedlung an die Entente durchzuführen.

Scheidemann verlangte ferner eine vollkommen klare **Politik** (sowohl von der Regierung wie von den Parteien). Die Zeit der Scheiteldiplomatie sei vorbei. Die Zeit der fraktionellen Scheiteldiplomatie dürfe nicht kommen. In keine Weise sei die Möglichkeit für ein unabweisbares Programm der Regierung möglich, so schloß der Redner seine Ausführungen, wenn man das Wort entscheiden, ob wir unter demokratischer-republikanischer Verfassung und von den übernommenen Verpflichtungen freiarbeiten oder ob die Franzosen ins Land marschieren und wir endlosem Krieg verfallen sollen.